

aej-Mitgliederversammlung 2012

Beschluss Nr.08/2012

Diversität und Inklusion als Herausforderung

Die aej MV dankt der Geschäftsstelle für ihre Bemühungen den Beschluss der Mitgliederversammlung von 2004 umzusetzen und die unterschiedlichen Lebenssituationen von Männern und Frauen von vornherein und regelmäßig in allen ihren Vorhaben zu berücksichtigen. Insbesondere nimmt sie den Stand des Gender Mainstreamings in der aej im Jahresbericht dankend zur Kenntnis.

Wir nehmen wahr, dass der Weg zur Geschlechtergerechtigkeit gegangen, das Ziel jedoch noch nicht vollständig erreicht wurde. Die aktuelle Beschlussfassung im Deutschen Bundesjugendring unter dem Stichwort „Geschlechterdemokratie“, die Debatte um verbindliche Geschlechterquoten in Führungsämtern sowohl in Deutschland als auch auf europäischer Ebene und die Debatte um Inklusion und Diversität zeigen außerdem, dass sich die Bewegung in Richtung einer allen Gruppen gerecht werdenden Gesellschaft weiterentwickelt. Manche Fortschritte wurden gemacht, manche Hindernisse erwiesen sich als (bisher) zu groß, und der Diskurs hat entsprechend neue Formen angenommen und Konzepte hervorgebracht. Die Evangelische Jugend hat die Bewegung zu einer inklusiven und gerechten Gesellschaft früh und energisch mitgetragen und bekennt sich auch weiterhin zu ihrem Ziel.

Arbeitsgemeinschaft
der Evangelischen Jugend
in Deutschland e.V. (aej)

Otto-Brenner-Straße 9
30159 Hannover

Telefon: 0511 1215-0
Fax: 0511 1215-299
E-Mail: info@aej-online.de

Daher beauftragt die Mitgliederversammlung den Vorstand, den im Beschluss von 2004 letzten regelmäßigen Bericht zu Gender Mainstreaming in der aej zum Anlass zu nehmen, den Prozess im Kontext der aktuellen Diskussion um Diversität und Inklusion zu bilanzieren.

Der Mitgliederversammlung soll abschließend ein Vorschlag unterbreitet werden, welche vorwärts gewandten Schlüsse die Evangelische Jugend aus den Erfahrungen der letzten Dekade für die intersektionale und inklusive Gesellschaft zieht und wie dieses Thema weiter bearbeitet werden soll.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich, 11 Gegenstimmen, 10 Enthaltungen